

KURZ UND PRÄGNANT

Menschenwürdig

Dass die Thüringer Koalitionsmehrheit und die FDP im Innenausschuss des Landtags eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ohne Diskussion abgelehnt haben, wurde durch MdL Sabine Berninger scharf kritisiert. Das Bundesverfassungsgericht hatte klargestellt, dass Flüchtlinge und Asylsuchende einen uneingeschränkten Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben und eine sofortige Anpassung der Leistungshöhen vorgeschrieben.

„Die derzeitigen Regelungen sind aber insbesondere hinsichtlich eines nur eingeschränkten Zugangs zu medizinischer Behandlung diskriminierend. Dem Grundsatz des Verfassungsgerichts entsprechend müssten Flüchtlinge einen Leistungsanspruch nach dem SGB II und XII haben.“ Die Abgeordnete kritisierte auch die Ablehnung einer mündlichen Anhörung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz. „Angesichts der offenkundigen Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Thüringen und der durch Flüchtlingsorganisationen, soziale Verbände und Kirchen geäußerten deutlichen Kritik an der Flüchtlingspolitik in Thüringen ist die CDU-SPD-Ablehnung, mit Anzuhörenden in einen öffentlichen inhaltlichen Austausch zu treten, einer Verweigerung gleichzusetzen, die tatsächliche Lebenssituation von Flüchtlingen in Thüringen verbessern zu wollen.“

Flächenversiegelung

Anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober kritisierte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright den massiven Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche. Immer noch würden in der Bundesrepublik täglich knapp 80 Hektar der Versiegelung durch Siedlungs- und Verkehrsflächen zum Opfer fallen.

38 Prozent der versiegelten Fläche sind Verkehrswege, zumeist Straßen. In Thüringen ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche seit 1992 von etwa sieben auf heute mehr als neun Prozent der Landesfläche gestiegen. „Diese Flächen sind dem Naturhaushalt und der Landwirtschaft vollständig entzogen. Das bedeutet, dass Regenwasser auf diesen Flächen nicht aufgenommen und dem Grundwasser zugeführt wird, dass Bodenleben unter den Gebäuden und Teerdecken abstirbt und Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzenarten zerschritten werden“, so die LINKE-Landwirtschaftsexpertin.

Sie forderte zudem eine bessere Zusammenarbeit der Ministerien in der Thüringer Landesregierung bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Resozialisierung muss nachgebessert werden

Strafvollzugskommission des Landtags informierte sich in JVA Tonna

Hauptsächliches Ziel des Strafvollzugs - so im Strafvollzugsrecht festgeschrieben - ist die dauerhafte Resozialisierung von Straftätern nach der Haft, d.h. deren Wiedereingliederung in Gesellschaft und Alltag. Gefangene sollen nach der Haftentlassung auf Dauer ein selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben ohne Straftaten führen.

Diese Resozialisierung ist der wirksamste Schutz vor (erneuten) Straftaten. Dazu müssen – so die Position der LINKE-Fraktion – vom ersten Tag der

Sabine Berninger ist justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Justizausschusses.



Haft an in den Justizvollzugsanstalten (JVAen) entsprechende Maßnahmen stattfinden. Das ist offensichtlich in

den Thüringer JVAen noch nicht so umgesetzt, wie es eigentlich notwendig ist. Das wurde aktuell an zwei Protestaktionen in der JVA Tonna deutlich, bei denen Gefangene in den Hungerstreik traten.

In der öffentlichen Darstellung wurde darauf abgehoben, dass es um Klagen über die Ausgestaltung der Nutzungsmöglichkeiten von Telefon und Medien gehe. Berichtet wurde auch von Kritik der Gefangenen hinsichtlich der medizinischen und therapeutischen Versorgung und der Situation bei den Resozialisierungsmaßnahmen. Die LINKE-Fraktion mit ihrer justizpolitischen Sprecherin, Sabine Berninger, verweist darauf, dass hier über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Probleme deutlich werden, die schnellstens gelöst werden müssen – nicht nur für die JVA Tonna.

Daher hat die LINKE-Fraktion den Justizausschuss mit einem entsprechenden Antrag befasst und in die Strafvollzugskommission einen umfangreichen Fragenkatalog an Landesregierung und JVAen eingebracht. Schon vor den Protestaktionen waren Schwierigkeiten

bei der medizinischen Versorgung (z.B. unbesetzte Stellen) und bei der Resozialisierung (z.B. zu wenige Plätze zur Teilnahme, Engpässe bei qualifiziertem Personal, lange Wartezeiten z.B. zur Schuldnerberatung) von Betroffenen und in Landtagsgremien benannt worden. In dieses Bild passt, dass beim Besuch der Strafvollzugskommission am 8. Oktober in Tonna ca. 50 Gefangene sich wegen Aufnahme von Petitionen gemeldet haben.

Dem Antrag der LINKE-Fraktion, die Besuchsergebnisse aus der JVA Tonna in einer Sondersitzung sehr zeitnah auszuwerten, hat die Strafvollzugskommission zugestimmt. Den LINKE-Antrag, die sich inhaltlich überschneidende Diskussion in der Kommission und im Justizausschuss durch eine gemeinsame Sitzung der Gremien zusammenzuführen, hat die Mehrheit im Justizausschuss allerdings abgelehnt. Die Auswertung der Problemsituation in den Thüringer JVAen ist nach Ansicht der LINKEN auch mit Blick auf die anstehende Beratung eines neuen Thüringer Strafvollzugsgesetzes wichtig.

Sandra Steck

„Mischen Sie sich ein!“

Politik ist etymologisch gesehen ein Abkömmling des altgriechischen Wortes politika, welches mit „Dinge, die die Stadt betreffen“ übersetzt werden kann. Die polis, der griechische Stadtstaat, verfügte durch seine geringe Größe über eine sehr enge Bindung zu seinen Bürgern. Jeder Interessierte konnte an den Tagungen der gesetzgebenden Versammlungen auf dem Platz der Agora teilnehmen. Politik ist eine Sache der Öffentlichkeit, die alle angeht.

Doch alleine durch die Größe des Staatsgebiets der Bundesrepublik und der einzelnen Bundesländer ergeben sich gewisse Entfremdungserscheinungen, denn was sind 10.000 attische Vollbürger gegen zwei Millionen Thüringer: Oftmals haben Wahlberechtigte denjenigen, dem sie ihre Stimme gaben, noch nie gesehen, geschweige denn eine Plenarsitzung (ganz gleich ob vor Ort oder im Livestream) verfolgt.

Begrüßenswert ist es daher, wenn sich eine Gruppe von Bürgern auf den Weg in die Landeshauptstadt macht und das auch seitens der Linksfraktion bestehende Angebot einer Landtagsbesichtigung wahrnimmt, wie es am 21. September eine Gruppe des Bundes der Ruhestandsbeamten Rentner und Hinterbliebenen (BRH) tat. Eine Einführung in die Landespolitik, Plenardebatte, Mittagessen. Ein gut ausgefüllter Vormittag, gewiss. Trotzdem: Alles Dinge, die man sich, den technischen Möglichkeiten des Netzes bzw. der Küche sei dank, auch ohne weiteres zu Hause besorgen kann. Viel interessanter ist das Zusammentreffen der 22 älteren

Damen und Herren mit Karola Stange (MdL) in den Räumen der Fraktion DIE LINKE. Es gibt Kaffee und Erfrischungsgetränke, ein Stoffbeutel mit Informationsmaterialien steht für jeden bereit. Viele kennen Abgeordnete der Linksfraktion und haben sie in guter Erinnerung.



Trotzdem liegt eine gewisse Spannung in der Luft: Nachdem Karola Stange einige grundsätzliche Worte über den oftmals anstrengenden Alltag des Landtagsabgeordneten verloren hat und es in die offene Diskussion geht, fallen nur wenige Fragen zu dem, was im Plenum inhaltlich besprochen worden war. Es ging um ein WLAN-Netz für alle, in öffentlichen Gebäuden und Plätzen, natürlich auf Antrag der LINKEN. Von der Regierung als „Kommunismus“ verschrien, war das Thema schnell vom Tisch und man ging in der Tagesordnung weiter.

Viel eher herrschte Bestürzung über die Art und Weise, wie Politik im Thüringer Landtag generell gemacht wird. Dass nicht die beste Idee zählt, sondern alleine die Fraktionsdisziplin. „In den Kommunen diskutieren wir über die Sache. Da sind Personen gewählt, keine Parteien“, führt eine ältere Dame aus. „Dort geht es um den Bürger, hier be-

schäftigt sich die Politik doch mit sich selbst“, fügt eine andere hinzu. Auf die Frage nach konstruktiver Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg muss Karola Stange müde lächeln: Ganze zwei Anträge sind es, die Opposition und Regierung in dieser Legislatur gemeinsam verabschiedet haben.

Letztlich wirkt DIE LINKE zwar auch aus der Opposition, es passiert, dass Anträge der LINKEN nur im Detail geändert plötzlich unter anderem Namen auf der Agenda der Koalition stehen, doch ist es schwer, gegen die ewig gleich stimmende Übermacht von SPD und CDU immer weiter zu kämpfen, immer neue Initiativen zu ergreifen, von denen man doch weiß, dass sie abgeschmettert werden. Eine Frau bringt es für viele auf den Punkt: „Selbst wenn ihr mich morgen aufstellt und wählt: Ich würde hier nicht arbeiten wollen.“

Zum Schluss bedankt sich der Leiter der kleinen Besuchsgruppe bei Karola Stange für den Besuch und für all die Arbeit, die DIE LINKE und sie im Spielplan seit Jahren für die Menschen, zum Beispiel in Belangen der Rentenangleichung, gemacht hat. Die Gruppe macht sich zum Aufbruch bereit, nimmt ihre Stoffbeutel, als Karola Stange ihnen noch mit auf den Weg gibt: „Nehmen Sie nicht die Desillusion mit. Gehen Sie zur Wahl. Mischen Sie sich ein. Und bleiben Sie vor allem weiter so kritisch.“

Tobias Wolfram

Nachsatz: Tobias Wolfram hat am Mentoring-Programm der Linksfraktion teilgenommen, war Mentee bei Karola Stange und hat unseren Parlamentsreport mit mehreren interessanten Beiträgen bereichert. Wir wünschen ihm viel Erfolg für sein Studium.